

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostschlesische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Kohlschütter

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Feilzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 136

Bad Schandau, Dienstag, den 14. Juni 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Die Bemühungen der deutschnationalen Landtagsfraktion, eine rein bürgerliche Regierung in Mecklenburg-Schwerin zu bilden, sind an dem Widerstand der Gruppe für Volkswohlfahrt gescheitert.

* An der Wiener Universität kam es gestern zu neuen schweren Zusammenstößen zwischen völkischen und sozialistischen Studenten, die zu erneuter Schließung der Universität führten. Der Platz vor der Universität mußte von der Polizei geräumt und die Universität selbst unter polizeilichen Schutz gestellt werden.

* Von dem Dampfer „Kalifornien“ fiel am 12. Juni etwa 600 Meilen westlich der irischen Küste eine Frau über Bord und ertrank. Bei Rettungsversuchen sind auch zwei Matrosen ums Leben gekommen.

* Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, haben dort schwere Unwetter großen Schaden angerichtet. In Peru wurden neue Erdstöße verspürt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Die Teilung Oberschlesiens

(Zum 15. Juni 1927.)

Von Dr. Hans Hillebrand.

Fünf schicksalsschwere Jahre trennen uns nunmehr von jenem bitteren Tage, da der deutsch verbliebene Teil Oberschlesiens aus den, wie noch erinnerlich, nicht ganz blütenweißen Händen der Interalliierten Kommission endlich in deutsche Verwaltung gelangte und gleichzeitig 2800 Quadratkilometer ober-schlesischen Bodens mit nicht weniger als 400 000 Einwohnern deutscher Gefinnung polnisch wurden. Es ist uns nachgerade zur Gewohnheit geworden, in allen Teilen des Reiches bei mehr oder weniger passenden Gelegenheiten von den Wüten und Verdrängnissen der deutschen Minderheiten im Auslande als von einer selbstverständlichen Tatsache zu sprechen; wie beschämend wenige aber von uns, die wir wohlbehütet in der Heimat leben, verbindet ein Gefühl innerer Schicksalsgemeinschaft mit den rund 8 Millionen deutschen Volksgenossen, die uns die Schandverträge von Versailles und St. Germain entrißen? Geshah doch alles dies auf ganz legalem Wege — im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker! In unbequemen Fällen — die Teilung Oberschlesiens bietet hierfür ein geradezu klassisches Beispiel — sah man sich allerdings nicht selten genötigt, eben diesem Selbstbestimmungsrecht eine etwas — gewaltsame „Auslegung“ zu verschaffen, „carriger la fortune“, wie es in der Sprache de la Marlinière, mill sagen in der der Interalliierten Kommission, so trefflich heißt.

Was wir an jenem unseligen 15. Juni 1922 gewaltsam verloren, ist — wir dürfen nicht müde werden, es zu wiederholen — in dürren Worten dies: Die Städte und ganzen Kreise Ratibitz und Beuthen, den Landkreis Beuthen, den südöstlichen Teil des Kreises Lublitz, den größten Teil des Kreises Larnowitz mit der urdeutschen Stadt gleichen Namens, den Südosten der Kreise Hindenburg und Ratibor, sowie die Kreise Pleß und Rybnitz. In diesem somit polnisch gewordenen Teil waren bei der am 20. März 1921 erfolgten Abstimmung 231 000 Stimmen für Deutschland und 258 000 für Polen unter dem Drucke seiner zügellosen Insurgenten abgegeben worden; eine politische Komödie, die ihregleichen in den Annalen der Weltgeschichte sucht. Die Formen, in denen Polen diesen Wahlkampf unter den wohlwollenden Augen der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission führte, spotteten, besonders bezüglich der Behandlung der von Deutschland ins Abstimmungsgebiet gekommenen wahlberechtigten Oberschlesier, jeder Beschreibung.

Durch diese die organische Einheit des ober-schlesischen Wirtschaftskomplexes zerstörende Teilung verlor Deutschland: 95 Prozent der dortigen Kohlenvorräte, 53 Kohlengruben, die gesamten Eisenerzvorräte, 23 Hochöfen mit 406 000 Tonnen Hoheisenproduktion, 15 Stahl- und Eisengießereien sowie die gesamte Zink- und Bleiproduktion und alle Zinkhütten dieses Gebietes, ganz abgesehen von der Unsumme kleinerer realisierbarer Werte.

Die Entscheidung der Vorkonferenzkonferenz fiel bekanntlich am 20. Oktober 1921, der dann am 15. Mai 1922 die Unterzeichnung des deutsch-polnischen „Verlegenheitsvertrages“ in Genf folgte. Er stellt mit seinen 606 Artikeln ein einzigartiges Kuriosum aktenmäßig festgelegter diplomatischer Vereinbarungen dar, an das selbst sein geistiger Vater, der Verfallener Vertrag, nicht ganz heranreicht. Durch willkürliche Zerschneidung des Zankapfels glaubte man, wenn auch nicht in Paris, so doch in London und vielleicht in Rom die ober-schlesische Frage wenigstens vorläufig, d. h. für den angelegten Zeitraum von 15 Jahren, befriedigend gelöst zu haben, sah sich jedoch in der Folgezeit hierin gründlich getäuscht. Was half es schließlich, daß sogar ein Mann wie Korfanti auf einer Versammlung in Königshütte am 7. März vorigen Jahres seine eigenen nationalistischen Landsleute als „Pestbeulen“ bezeichnete, „unter denen Oberschlesien dahinsiecht“ und die dort „geradezu anarchische Zustände herbeiführen“, wenn dagegen einige Wochen später, am 21. März, anlässlich der polnischen Erinnerungsfeste an die ober-schlesische Abstimmung sich eine Flut maßloser polnischer Hetzen wider „die deutsche Eier nach dem Osten“ durch ganz Oberschlesien ergoß? So sorgen denn in Warschau sowohl die Spitzen der Sokols als auch fast sämtliche politischen Parteien des Sejms nach wie vor dafür, daß die Ausführung der ober-schlesischen Tragikomödie einen für Polen erwünschten Fortgang nimmt. Erinnert sei hier nur an den gehässigen Kampf des polnischen Westmarkenvereins wider den Deutschen Volksbund und die für den polnischen Chauvinismus so peinliche Schlappe in der Frage der Minderheitsschulen. Auf alle diese Einschüchte-

rungsverjunge quittierte das Deutschtum in Oberschlesien in erfreulich deutlicher Weise, wie man weiß, anlässlich der Gemeindevahlen vom 14. November 1926. 17 Mandate errangen damals die Deutschen, während sie sich bei den Wahlen zum Wojewodschaftslandtage am 24. September 1922 mit 14 Sitzen begnügen mußten.

Es sind dies alles Ereignisse von symptomatischer Bedeutung, die blicklichtartig immer wieder die Schäden der ober-

schlesischen Fekung grell beleuchten. Hoffen wir, daß sie dazu beitragen, das geopolitische Bewußtsein Europas in nicht allzu fernere Zeit so zu wecken, daß dann nur noch ein kleiner Schritt bleibt bis zur Revision des unheilvollen Vertrages von Versailles! Dann schlägt, so wünschen wir, wohl auch für Oberschlesien die Schicksalsstunde ihr „Upp ewig ungedeckt!“ Ver-gessen wir aber nicht, daß letzten Endes nur aus eigener Kraft ein Volk sein Schicksal meistert.

Die 45. Völkerbundratsstagung

Drei Danziger Fragen.

Beginn der Ratstagung in Genf.

Der Völkerbundrat ist am Montag unter dem Vorsitz des englischen Staatssekretärs des Außern, Sir Austen Chamberlain, zu seiner 45. ordentlichen Tagung zusammengetreten. Nach einer kurzen Geheimnisung, in der die Tagesordnung unter Einschluss der Memelsbeschwerde genehmigt und einige administrative Fragen geregelt wurden, trat der Rat in öffentlicher Sitzung zunächst in die Beratung von drei Danziger Fragen ein. Es handelt sich dabei um das Verbot des Danziger Senats wegen Verletzung des Luftfahrzeugbaues in Danzig von den bisher geltenden Beschränkungen, ferner um die Ernennung eines Vorsitzenden für das in einem kürzlich zwischen Danzig und Polen abgeschlossenen Vertrag vorgesehene Tabakmonopolgerichtsgericht und um die Befestigung des Völkerbundkommissars in Danzig zum Vertreter des Rats für die jeweilige Genehmigung zum Durchtransport nichtpolnischer Kriegsgeräts durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

In der Geheimnisung des Völkerbundesrates wurde, wie noch bekannt wird, auf Vorschlag von Reichsaussenminister Dr. Stresemann beschlossen, die Frage der Bedingungen, unter denen die Visen über die deutsche Zivilavia auf Grund des Pariser Abkommens vom 22. Mai 1926 zur Verfügung des Völkerbundes gehalten werden sollen, nicht zur Sprache zu stellen. Ferner wurde auf Vorschlag des Ratspräsidenten beschlossen, mit der Entscheidung über den litauischen Vertragsantrag zur Memelsbeschwerde bis Dienstag zu warten.

In bezug auf die vom Völkerbundrat behandelten drei Danziger Fragen wurde entsprechend den Anträgen des silesischen Ratsmitgliedes Wilegas beschlossen. Man stimmt hiernach zu, daß ein Schiedsgericht in dem Streit zwischen Danzig und Polen über das Tabakmonopol eingesetzt wird. Man gibt dem hohen Kommissar in Danzig das Recht, selbständig über die Erlaubnis zu entscheiden, daß Munitionstransporte, allerdings nicht nur von polnischer Seite, durch Danzig geführt werden. Die Frage hat insofern eine Bedeutung, als Rußland angeblich Kriegsmaterial für China durch Danzig befördert haben soll. Die Frage der Herstellung von Luftfahrzeugen und Kriegsluftfahrzeugen in Danzig wird in der Weise auf sechs Monate vertagt, daß man die Frage der hierfür schon gewählten Kommission zuweist.

Die Frage der Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen für den Danziger Flugzeugbau löste eine Debatte aus, da Senatspräsident Sahn, unterstützt vom Völkerbundkommissar van Hamel, um Beschleunigung der Entscheidung bat, an der Danzig ein erhebliches wirtschaftliches Interesse habe. Aus formalen Gründen wurde trotzdem die Vertagung bis zur nächsten Ratssession beschlossen.

Auf Bericht des polnischen Außenministers Jaleski wurde die Einberufung einer internationalen Juristenkonferenz zur Kodifizierung verschiedener Rechtsmaterien in Aussicht genommen, wozu van Wolland, der neue holländische Außenminister, zum Zweck der Vereinfachung dieser Völkerbundarbeit mit der Internationalen Privatrechtskonferenz im Haag eine Einladung nach Holland aussprach. Über die Einberufung einer solchen Konferenz soll die nächste Völkerbundversammlung entscheiden. Nach Entgegennahme von Berichten des Hygieneausschusses, des Opiumausschusses und des Generalsekretärs begründete der englische Außenminister und neue Ratspräsident, Chamberlain, seinen Antrag auf Herabsetzung der Zahl der ordentlichen Ratstagungen von vier auf drei im Jahre, schlug aber entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit vor, diese Frage erst in der nächsten Ratstagung in Verbindung mit der Völkerbundversammlung zu entscheiden. Die nächste öffentliche Sitzung wurde auf Dienstag angelegt.

Ministerbegegnungen.

Das für Sonntag in Aussicht genommene Zusammen-treffen von Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain hat nicht stattgefunden. Dagegen hatten die drei Außen-

minister am Montag nachmittag eine Zusammenkunft, nachdem Dr. Stresemann mit Briand vorher unter vier Augen verhandelt hatte. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras unterhandelte mit Ministerialdirektor Gaus.

Weitere Ministerbesprechungen.

Genf, 13. Juni. Zu der heutigen Unterredung zwischen Briand und Dr. Stresemann wird von seiten der deutschen Delegation erklärt, daß die Besprechung in freundschaftlichem Ton verlaufen sei. Neben den Deutschland direkt berührenden Fragen wurde insbesondere auch die allgemeine politische Situation in Europa eingehend erörtert. In Kreisen der deutschen Delegation besteht jedoch der Eindruck, daß zu besonderem Optimismus vorläufig keine Veranlassung vorliegt, da in den Rheinlandfragen gegenwärtig noch immer nicht unerhebliche Schwierigkeiten bestehen.

Weitere Unterredungen zwischen Dr. Stresemann und dem englischen und französischen Außenminister werden im Laufe dieser Woche stattfinden. Heute abend nimmt Dr. Stresemann an einem Diner beim Danziger Senatspräsidenten Sahn teil.

Deutschland hält an seinem Standpunkt in der Ostbestimmungsfrage fest.

Genf, 13. Juni. Die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Chamberlain dauerte von kurz vor 7 bis gegen 1/9 Uhr. Vorher hatte Chamberlain eine Besprechung mit dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, der am Vormittag Briand einen Besuch abgestattet hatte, sowie mit Ministerialdirektor Dr. Gaus.

In der Frage der Kontrolle der zerstörten Ostbestimmungen scheinen sich nach den ersten einleitenden Verhandlungen, die auf die Möglichkeit einer Lösung hinauszulaufen schienen, gewisse nicht unerhebliche Schwierigkeiten geltend zu machen, gewisse deutscher Seite der Standpunkt der Alliierten, die Kontrolle der zerstörten Ostbestimmungen durch eine Inspektion der drei Berliner Militärattaches zu regeln, nicht geteilt wird.

Unter diesen Umständen dürften die Verhandlungen der nächsten Tage in dieser Frage nicht ohne ernste Schwierigkeiten verlaufen. Man sieht in den Kreisen der deutschen Delegation den weiteren Verhandlungen zwischen den Außenministern in den Deutschland direkt berührenden Fragen nicht ohne Besorgnis entgegen, da man deutscherseits nicht gewillt ist, der Inspektion der Ostbestimmungen in Form einer irgendwie gearteten Kontrolle zuzustimmen.

Genf, 14. Juni. Ueber den Inhalt der Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Chamberlain wird von keiner Delegation etwas näheres bekannt gegeben. Doch verlautet, daß die Unterhaltung der gesamten europäischen Lage insbesondere den Auswirkungen des Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen gegolten habe. Ueber die Unterredung Briand-Stresemann wird gleichfalls von allen Seiten die größte Distanzierung gewahrt. Briand selbst lehnte es ab, irgendwelche Erklärungen abzugeben, betonte jedoch, daß nach wie vor an der Locarno-Politik festgehalten werde, die trotz allem bereits positive Resultate gezeitigt habe (?).

Kein Anlaß zum Optimismus in Genf.

In den Genfer Berichten kommt allgemein zum Ausdruck, daß zu einem Optimismus in den Deutschland im besonderen betreffenden Fragen keinerlei Anlaß vorliegt. Man glaubt vielmehr den schon lange vor Genf vorhandenen Eindruck bestätigen zu können, daß der Wagen der Verständigungspolitik ziemlich festgefahren ist und daß sich die Schwierigkeiten, zu einer Verständigung zu gelangen, sogar vergrößert haben.

Sauerwein über die Ratstagung.

Rußland das Hauptproblem.

Paris, 13. Juni. Sauerwein schreibt heute in einem Artikel aus Genf im Matin, die jetzt beginnende Ratstagung werde kaum wesentliche Ergebnisse zeitigen. Die wichtigste Frage sei das Verhalten Europas gegenüber den Sowjets. England habe mit Moskau gebrochen, Frankreich dagegen nicht. Deutschlands traditionelle Haltung gehe dahin, mit Rußland gute Beziehungen